



Antworten des AFD-Landesverbandes Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg zur Landtagswahl 2019

- 1. Die Freiwilligen Feuerwehren erfüllen als einziges Ehrenamt Pflichtaufgaben des Landes**
 - a. Das Ehrenamt Feuerwehr muss nicht gesondert im Brand- und Katastrophenschutz Gesetz hervorgehoben werden, denn die besondere Würdigung dieses aufopferungsvollen Ehrenamtes sollte an anderer für die Kameraden wichtigerer Stelle besonders angebracht werden. (Näheres dazu erfolgt am Ende des Textes nach der Beantwortung Ihrer Fragen)
 - b. Ja, wir werden uns sehr konstruktiv beteiligen, da wir schon vor geraumer Zeit eine außerparlamentarische Arbeitsgruppe, bestehend aus über 40 Freiwilligen Feuerwehrleuten gebildet haben, um uns der Probleme der Freiwilligen anzunehmen. Diese Arbeitsgruppe tagte bereits mehrfach und hat uns tiefe Einblicke in die wichtige Arbeit der freiwilligen Feuerwehren erlaubt.
 - c. Wir sind uns bewusst, dass wir mehr staatliche Mittel zur Förderung und zum Ausbau des Brand- und Katastrophenschutzes bereitstellen müssen, um die vielfältigen Aufgaben, die zum Umstrukturieren der Feuerwehren benötigt werden, bewältigen zu können. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass auch auf Ortsebene die Arbeit des Gemeindebrandmeisters und Stadtbrandmeisters oftmals ehrenamtlich nicht mehr zu stemmen sind, ebenso die der Ehrenamtlichen Gemeindegerätewarte. Hier muss darüber gesprochen werden, in Zukunft die Kommunen zu entlasten, die sich das alles oftmals nicht mehr leisten können und vom Land Unterstützung zu gewähren, in finanzieller und auch in personeller Hinsicht.
- 2. Förderstrategie**
 - a. Ob eine Flächenförderung das Allheilmittel ist, bleibt abzuwarten, hier streiten sich die Geister. Allerdings muss jede Maßnahme ergriffen werden, die es uns ermöglicht, die Ehrenamtler der Feuerwehren zu unterstützen und die die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren erhält und gegebenenfalls erhöht.
 - b. Förderperioden sollten möglichst lange andauern, um die Planungssicherheit für die Wehren und die kommunalen Aufgabenträger hinsichtlich der Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, zu halten.
 - c. Das Model Stützpunktfeuerwehren hat sich größtenteils bewährt und sollte möglichst weiter intensiviert werden. Nach unserer Auffassung muss die Lage vor Ort bei den Wehren mit besonderen Aufgaben im Einzelnen angeschaut werden und von Seiten des Landes aus muss unterstützend gehandelt werden, wenn sich Handlungsbedarf abzeichnet - auch hinsichtlich des weiteren Ausbaus und der weiteren Spezialisierung dieser Wehren.
 - d. Die finanziellen Mittel müssen definitiv angehoben werden, um den Finanzausgleich der Kommunen gerechter zu gestalten. Von unserer Seite aus werden wir in der nächsten Legislaturperiode und darüber hinaus, auf jeden Fall den Feuerwehren und Rettungsdiensten unterstützend zur Seite stehen, da wir die Notwendigkeit des Wiederaufbaues und der

personellen Verstärkung der Feuerwehren und des Rettungsdienstes als sehr wichtig erachten, um die schweren und vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft bewältigen zu können.

3. **Digitalisierung**

- a. Die LSTE muss gerade in Hinsicht auf die immer zunehmende Digitalisierung besser aufgestellt werden, wir würden es für gut erachten, wenn auch eine Aufstockung des Personals gerade in den Bereichen IT, Digitalen Funk und ähnlichen Bereichen vorgenommen werden könnte.
- b. Viele Gemeinden und Städte in Brandenburg haben sich in den letzten Jahren teure Software angeschafft, es muss um bereichsübergreifende Gefahrensituationen und Großschadenslagen erfolgreich meistern zu können, eine landesweite Vereinheitlichung der Software angestrebt werden, die den kommunalen Aufgabenträgern verpflichtend zu Verfügung gestellt werden müssen - für die Kommunen und Kreise kostenlos.
- c. Die letzten Großschadenslagen haben aufgezeigt, dass wir in Brandenburg dringend ein solches Landesamt brauchen, das nicht durch Politiker besetzt ist, sondern durch Fachleute mit Erfahrung im praktizierten und theoretischen Brand- und Katastrophenschutz. In Treuenbrietzen und auch in Jüterbog sind eklatante Mängel zu Tage getreten, die vermeidbar sind, aber durch Ehrenamtliche so nicht mehr allein zu stemmen sind. Hier ist es notwendig, einen Pool an professionellen und hauptamtlichen Kräften mit Sondervollmachten zu schaffen, um zukünftig der geschwächten Personaldecke der Ehrenamtlichen Rechnung zu tragen und diese weitgehend in dem Bereich Gesamteinsatzleitung zu entlasten. Diesem Amt sollten auch die sogenannten Waldbrandeinheiten und Katastrophenschutzeinheiten der Freiwilligen in dem Fall, das der Katastrophenfall ausgerufen wird, angegliedert und für die Zeit des Einsatzes unterstellt werden. Ebenso sollte dieses zu schaffende Amt im Katastrophenfall für die Versorgung der eingesetzten Kameraden verantwortlich sein. Bei den Aufgabeneinheiten für ein solches eigenständiges Amt würden wir uns über Ihre Mitarbeit sehr freuen, um auch hier nicht nur der Politik das Feld zu überlassen, sondern den erfahrenen Kameraden, die wissen, was gebraucht wird.

4. **Aufsicht über die Feuerwehren**

- a. Wie oben bereits geschrieben, würden wir es unterstützen und begrüßen, wenn wir mehr hauptamtliche Strukturen schaffen um nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Unterstützung der Freiwilligen besser gewährleisten zu können. Diese Maßnahmen sollten unserer Auffassung nach direkt vom Land finanziert werden, um diese auch effizient gestalten zu können und die Kommunen bei den immensen Kosten zu entlasten.
- b. Wir müssen unseren Kreisbrandmeistern und Ihren Stellvertretern das bestmögliche Rüstzeug mitgeben, um vernünftige und qualifizierte Arbeit leisten zu können.
- c. Hier ist leider immer wieder festzustellen, dass die enge Bindung nicht allorts vorhanden ist, das mag an den einzelnen ausführenden Personen liegen oder aber auch an ihren vielfältigen Aufgaben. Hierbei ist es wichtig, nicht nur Gemeinde und Stadtbrandmeistertagungen abzuhalten, sondern sich auch öfter mal vor Ort blicken zu lassen! Viele Kameraden, die teilweise schon sehr lange dabei sind, haben während ihrer Dienstzeit nicht einmal den Landesbranddirektor oder den Kreisbrandmeister zu Gesicht bekommen, hier gibt es enormen Handlungsbedarf. Gerade den freiwilligen Kameraden würde es mit Sicherheit sehr gut gefallen, ihren Kreisbrandmeister auch mal zu Gesicht zu bekommen.
- d. Es sollte grundsätzlich darüber gesprochen werden, ob es nicht sinnvoll wäre, auch die Stellvertretenden Kreisbrandmeister hauptamtlich zu machen, da diese dann ihrer Aufgabe um einiges gerechter werden können und somit wieder mehr Nähe zu den ehrenamtlichen Kameraden hergestellt werden kann.

5. Bildungsauftrag

- a. Da Brandschutz Landesaufgabe ist und den Kommunen aufgelastet worden ist, sehen wir das Land auch hier in der Pflicht. Diese Aufgaben wurden von der Landesregierung in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Unserer Auffassung nach kann die Koordinierung über zu schaffenden Stellen, die dem Landesbranddirektor unterstellt werden, getätigt werden. Ebenso kann und sollte je ein zentraler Ansprechpartner beim Kreisbrandmeister angesiedelt werden.
- b. Das bereits angesprochene Amt für Brand- und Katastrophenschutz sollte dann für die Präventionsarbeit auch die entsprechend geschulten Ansprechpartner stellen können. Weiterhin sollten wir die Möglichkeit in Betracht ziehen, das ehrenamtliche Personal, so zu schulen und mit ausreichend Lehrmaterial zu versehen, das die Präventionsarbeit in den Kommunen zur vollsten Zufriedenheit aller laufen könnte. Wir sind uns sicher, dass mehrere Kameraden in den Ämtern und Gemeinden diese Aufgaben freiwillig übernehmen würden.

6. Nachwuchsgewinnung

- a. Hier muss darüber nachgedacht werden, für die Jugendlichen, die in den Jugendabteilungen Dienst tun, ebenso wie den Kameraden der Einsatzabteilungen, die Möglichkeit zu geben, diese für die Dienstzeiten oder für besondere Anlässe wie Jugendlager oder ähnliches, von der Schule zu befreien, ohne dass den Jugendlichen Nachteile entstehen.
- b. Unsere Meinung nach wäre es eine Möglichkeit, die Jugendwarte in Lehrgängen so zu schulen, dass diese die Kinder und Jugendliche, die dies betrifft, in besonderem Maße ausbilden können.
- c. Mehr staatliche Anerkennung durch besondere Förderungen der Jugendwarte, sei es monetär oder durch anderweitige Vergünstigungen. In diesem Fall sollte Ihrerseits eine landesweite Befragung der Jugendwarte stattfinden und wir könnten dann zusammen die Auswertung vornehmen, um die Unterstützung und Würdigung zu finden, die gewünscht aber auch angemessen wäre.
- d. Die Freistellung sollte gesetzlich geregelt werden und gegebenenfalls dem Arbeitgeber eine monetäre Entschädigung gezahlt werden durch die verantwortlichen Stellen. Hier bedarf es einer Regelung über das Brand und Katastrophenschutzgesetz.

7. Werkfeuerwehren

- a. Das Berufsbild des Feuerwehrmannes, sollte wenn es möglich, ist auch bei den Werkfeuerwehren ausgebildet werden können, allerdings in Kooperation mit der Landesfeuerwehrschule und den Ausbildungseinrichtungen der Berufsfeuerwehr, um auch hier eine Einheitlichkeit herzustellen.
- b. Wie oben bereits beschrieben, müssten Kooperationen geschaffen werden zwischen der Berufsfeuerwehr, der Landesfeuerwehrschule und den Werksfeuerwehren. Dieses müsste dann auch gesetzlich geregelt werden.

8. Neue Dienstbekleidung

Wir stehen der Einführung nicht negativ entgegen, allerdings bedeutet die jetzige Dienstuniform für viele Kameraden aus den Ehrenabteilungen und auch älteren Kameraden aus den Einsatzabteilungen, Tradition und Heimat. Wie sie bestimmt selbst wissen, sind die Kameraden der örtlichen Wehren nicht nur im Dienst kameradschaftlich verbunden, sondern auch in Ihrer persönlichen Freizeit, denn das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehrleute ist wie ein Leben neben dem eigentlichen Leben. Wir würden auch hier eine landesweite Befragung zu den Wünschen der Kameraden anregen. Zurzeit sehen wir es als wichtiger an, einheitliche Ausrüstungsstandards im Land Brandenburg zu haben, was bei der Einsatzbekleidung losgeht und noch viele andere Dinge des täglichen Einsatzlebens anbelangt. Veraltete Technik, marode Wachen vielerorts, sind das, in was wir - unserer Meinung nach - als erstes und schnellstens

investieren müssen. Helme, Feuerweherschutzhelme, Fahrzeuge und viele andere Dinge haben Priorität, denn erst muss die Sicherheit im Einsatz gewährleistet sein, dann können wir über die Dienstkleidung nachdenken. Die nächsten fünf Jahre sollten im Zeichen der Personalgewinnung aber auch der Standardisierung der Einsatzbekleidung und der Technik stehen. Unserer Meinung nach gibt es in den Bereichen einige Möglichkeiten und gute Ideen in den Wehren wie das geschehen kann. Ein sogenannter Fahrzeugpool zum Beispiel, in dem Fahrzeuge landesweit eingestellt werden und auf den alle kommunalen Aufgabenträger Zugriff haben, oftmals werden in den „Speckgürtelgemeinden“ Fahrzeuge nach 10 oder 15 Jahren ausgesondert und neue angeschafft, während ländliche Gemeinden teilweise Fahrzeuge haben, die 20 oder sogar 30 Jahre alt sind, hier ist ein gewisser Steuerungsbedarf, das gleiche betrifft Helme und Einsatzbekleidung die noch in Ordnung sind. Deswegen ist es für uns erst einmal wichtig in diesen Bereichen Lösungen anzustreben. Die Dienstkleidung ist auch wichtig, aber angesichts der anderen Dinge und Problemlagen erst einmal zweitrangig und sollte noch ein wenig zurückgestellt werden. Ansonsten sehen wir bei der Finanzierung der anzuschaffenden Dienstkleidung durch das Land kein Problem.

9. Für das Referat Brand- und Katastrophenschutz müssen wir - falls es kein neues Landesamt für Brand und Katastrophenschutz geben wird - ebenfalls wie oben schon beschrieben, praktizierende oder vielmehr praxisorientierte Mitarbeiter gewinnen, denn oftmals sind Theorie und Praxis zwei sehr unterschiedliche Paar Schuhe. Es ist wichtig, das gesunde Mittelmaß einzuhalten, denn oftmals ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass unpraktikable Anregungen aus dem Bereich des Ministeriums kamen, die bei vielen Kameraden auf Unverständnis trafen.

Unsere Ideen für:

1. Jugendarbeit und Nachwuchsgewinnung

In den Grundschulen und Oberschulen, die Arbeitsgemeinschaft Brandschutz landesweit wieder einzuführen, um so präventiv und nachwuchsgewinnend arbeiten zu können.

Landes- und kreisweite Imagekampagnen vom Land aus zu finanzieren, so wie es in Blankenfelde-Mahlow bereits durch die Gemeinderäte der AfD beantragt wurde und erfolgreich seit zwei Jahren läuft.

Förderung der Jugendarbeit, durch bessere Ausbildung der Jugendwarte und durch die honorierende Förderung von innovativen Ideen in der Jugendarbeit.

2. Intensive Förderung und Zusammenarbeit der Landkreise

Einbeziehung der Kreisbrandmeister in der Erarbeitung von Förderprogrammen, von Plänen zum Katastrophenschutzmanagement, in allen Belangen der Bedarfsplanung.

Flächendeckende Erarbeitung von Aufwandsentschädigungssatzungen für die Einsatzkräfte.

Halbjährliche Gesprächsrunden, mit den Kreisbrandmeistern, dem Landesbranddirektor und den zuständigen Fachpolitikern des Landtages. Dadurch sollte es möglich sein, schnellstmöglich praktikable Lösungen für viele der Probleme im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg gemeinsam mit den Kameraden zu finden, denn diese wissen oftmals besser, was wirklich gebraucht wird!